

Wahlprüfstein des **Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.** zur niedersächsischen Landtagswahl 2013

Unsere Antwort auf Ihr Anschreiben zur niedersächsischen Landtagswahl 2013:

Die Piraten Niedersachsen setzen sich für einen menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen und Migranten ein. Aus diesem Grund wollen wir eine Erleichterung der Anforderungen für den Übergang in einen dauerhaften Aufenthaltsstatus. Hierbei ist die Situation von langjährig geduldeten Flüchtlingen und solchen Flüchtlingen, die ihren Lebensunterhalt nicht eigenständig sichern können, besonders zu berücksichtigen. Langfristig ist auf ein dauerhaftes Bleiberecht für geduldete Flüchtlinge, die sich länger als fünf Jahre in Deutschland aufhalten, hinzuwirken.

Die Piraten Niedersachsen verstehen Integration als gesamtstaatliche Aufgabe. Wir unterstützen aus diesem Grund landes- und kommunalpolitische Anstrengungen zum Erhalt und Optimieren der bestehenden Integrationsstrukturen des Landes. Unser Ziel ist es, die soziale, gesellschaftliche und politische Teilhabe von und mit Menschen mit Migrationshintergrund unabhängig von sozialer Lage, Herkunft, Geschlecht, sexueller Identität oder Religion auf Basis der freiheitlichen demokratischen Grundordnung voranzutreiben. Wir setzen uns für eine generelle Aussetzung von Abschiebungen und Abschiebehaft ein, soweit es die rechtlichen Befugnisse des Landes zulassen. Abschiebung ist ein staatliches Zwangsmittel, welches oft nur mit Hilfe von Maßnahmen durchgeführt werden kann, die mit den Grundrechten und Menschenrechten in Konflikt stehen und somit eines freiheitlichen Rechtsstaates unwürdig sind. Die Konsequenzen einer Abschiebung führen für den betroffenen Menschen fast immer zu einer aussichtslosen Situation und oft auch zu Gefahr für Leib und Leben. Generell halten wir das Asyl- und Ausländerrecht Deutschlands für überarbeitungsbedürftig, da es die Menschenrechte nicht effizient schützt. Hierzu gehört auch die Gestaltung einer humanen Einwanderungspolitik.

Diese Ziele beabsichtigen wir politisch folgendermaßen umzusetzen:

Residenzpflicht abschaffen

Die Freiheit, Freizügigkeit und Selbstbestimmung eines jeden Menschen ist ein hohes Gut einer demokratischen Gesellschaft. Eine Einschränkung der Wahl des Aufenthaltsortes ist nichts anderes als Inhaftierung in einem großflächigen Gefängnis und schränkt Flüchtlinge damit in ihrem Menschenrecht auf Freizügigkeit ein. Die hessischen Piraten setzen sich für ein Ende der Residenzpflicht ein. Jedem Flüchtling ist die Freizügigkeit innerhalb der europäischen Gemeinschaft ohne Einschränkung zu gewähren. Dadurch bekommen Flüchtlinge die Möglichkeit für ihre Rechte im Rahmen von Versammlungen einzutreten und an Treffen innerhalb von Organisationen, sowie an familiären und freundschaftlichen Treffen teilzunehmen.

Adresse:

Bahnhofsallee 25
31134 Hildesheim
Tel.: 0 51 21 - 2 81 09 15
Fax: 0 51 21 - 2 81 09 16
wahlpruefsteine@piraten-nds.de
www.piraten-nds.de

Bankverbindung:

Konto: 40 21 47 32 00
Bankleitzahl: 430 609 67
GLS Gemeinschaftsbank eG

Vorstand:

Andreas Neugebauer (1V)
Thomas Gaul (2V)
Dr. Meinhard K. Ramaswamy (Schatzmeister)
Jessica ter Veer, Max Rother,
Mario Espenschied (Beisitzer)

Grundrechte auf alle Menschen ausweiten

Wir nehmen die Diskriminierung von Flüchtlingen, die in ihrer Freizügigkeit, ihrer Selbstbestimmung, ihrer Meinungs- und Versammlungsfreiheit eingeschränkt werden, nicht hin. Die Gewährung dieser Grundrechte wird nicht nur durch das Grundgesetz und die Landesverfassung bestimmt, die Rechte gehören zur Grundlage jeder demokratischen Gesellschaft. Gemeinsam mit allen Bürgern wollen wir den Flüchtlingen in unserem Land beweisen, dass Demokratie und Grundrechte sich nicht nur auf die Bürger eines Staates oder Landes beschränken, sondern alle Menschen einschließt.

Lebenssituation von Flüchtlingen verbessern

Als Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation von Asylsuchenden und geduldeten Flüchtlingen werden wir außerdem folgende Punkte umsetzen:

- Eine individuelle Betrachtung der Fluchtgründe von Asylbewerbern, die sich an der konkreten politisch-gesellschaftlichen Situation des jeweiligen Heimatlandes bemisst und außerdem die langfristige Abschaffung der Drittstaatenregelung.
- Die Verletzung des Rechts auf ein zügiges Verfahren gemäß Artikel 6 der Europäischen Menschenrechtskommission (EMRK) durch Verschleppung wird beendet.
- Die Schaffung von Beratungen, unter welchen Umständen eine Rückkehr in das jeweilige Ursprungsland möglich wäre, sofern dies vom Antragssteller gewünscht ist, bzw. Wege aufzeigen wie eine Integration in unsere Gesellschaft möglich ist.
- Eine Bleiberechtsregelung, die die gesamte Familie (inkl. Verwandte zweiten Grades) umfasst und die besondere Situation von Eltern und Kindern berücksichtigt.
- Ein generelles Ende der Praxis der Abschiebehaft, gerade bei Minderjährigen.
- Eine umfassende Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete und Erleichterungen, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erlangen.
- Das Ende der isolierenden und unmenschlichen Aufenthaltsbedingungen.
- Die Verbesserung der Unterbringungssituation von Flüchtlingen und den kostenfreien Zugang zu traditionellen und neuen Medien in Gemeinschaftsunterkünften und Erstaufnahmeeinrichtungen.
- Den gleichberechtigten, barrierefreien Zugang zum Arbeitsmarkt und die weiterreichende Anerkennung von Qualifikationsnachweisen aus dem Heimatland, sowie Maßnahmen zur Weiterbildung, um die Integration auf dem Arbeitsmarkt zu erleichtern.
- Die Abschaffung diskriminierender Sondergesetze wie des Asylbewerberleistungsgesetzes, das die Versorgung von Asylbewerbern regelt.
- Abschaffung der Optionspflicht und Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts

Die PIRATEN setzen sich für die Abschaffung des Optionsmodell auf Bundes- und Landesebene ein. Wird ein Kind ausländischer Eltern in Deutschland geboren und hält sich mindestens ein Elternteil mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel legal in Deutschland auf, erhält das Kind neben der Staatsbürgerschaft der Eltern dauerhaft auch die deutsche Staatsangehörigkeit. Das bislang geltende Erfordernis, sich ab Vollendung des 18. Lebensjahrs für eine der beiden Staatsbürgerschaften entscheiden zu müssen, entfällt.

Wer sich einbürgern lässt, muss seine alte Staatsangehörigkeit nicht länger aufgeben. Mehrfache bzw. doppelte Staatsbürgerschaft wird auch bei der Einbürgerung ermöglicht.

Adresse:

Bahnhofsallee 25
31134 Hildesheim
Tel.: 0 51 21 - 2 81 09 15
Fax: 0 51 21 - 2 81 09 16
wahlpruefsteine@piraten-nds.de
www.piraten-nds.de

Bankverbindung:

Konto: 40 21 47 32 00
Bankleitzahl: 430 609 67
GLS Gemeinschaftsbank eG

Vorstand:

Andreas Neugebauer (1V)
Thomas Gaul (2V)
Dr. Meinhard K. Ramaswamy (Schatzmeister)
Jessica ter Veer, Max Rother,
Mario Espenschied (Beisitzer)

Die Fristen und Bedingungen bis zu einem dauerhaft abgesicherten Aufenthaltsrecht und zur Chance einer Einbürgerung sind deutlich zu senken, besondere Anstrengungen der Migranten zu Spracherwerb und beruflicher Integration sind positiv zu unterstützen.

Falls nicht alle Fragen beantwortet wurden, so tut uns das leid. Die Piratenpartei hat noch nicht auf jede Frage eine Antwort, und wir haben uns entschlossen, damit lieber offen umzugehen.

Das Programm der Piratenpartei wird direkt von der Parteibasis entwickelt und beschlossen, deshalb gibt es in unserer Partei auch keine Institution, die schnell eine Antwort aus dem Hut zaubern könnte. Das heißt aber nicht, dass wir eine Antwort auf ewig schuldig bleiben müssen. Vielmehr nehmen wir offene Fragen gern als Anstoß, uns mit einem Thema weitergehend zu beschäftigen.

Wir danken Ihnen daher ausdrücklich dafür, unsere Blicke auch in eine Richtung gelenkt zu haben, die bei uns noch nicht vollends ausgearbeitet ist. Für die von Ihnen angesprochene Frage, zu der wir noch keine oder für Sie nicht ausreichende Antwort haben: Geben Sie uns mehr Hintergrund Informationen, gehen Sie mit uns in Diskussion und bringen Sie Ihre Ideen und Vorstellungen so bei den Piraten - und letztendlich – der Politik mit ein. Wir sind eine Mitmachpartei und freuen uns über Ihre Beteiligung.

Adresse:

Bahnhofsallee 25
31134 Hildesheim
Tel.: 0 51 21 - 2 81 09 15
Fax: 0 51 21 - 2 81 09 16
wahlpruefsteine@piraten-nds.de
www.piraten-nds.de

Bankverbindung:

Konto: 40 21 47 32 00
Bankleitzahl: 430 609 67
GLS Gemeinschaftsbank eG

Vorstand:

Andreas Neugebauer (1V)
Thomas Gaul (2V)
Dr. Meinhart K. Ramaswamy (Schatzmeister)
Jessica ter Veer, Max Rother,
Mario Espenschied (Beisitzer)